

Persönliche Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Frank Theile

Zur interfraktionellen Anfrage:

Nutzung von kommunalen Einrichtungen für Wahlkampfzwecke

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

werte Stadträtinnen und Stadträte, werte Gäste,

Die Fraktion DIE LINKE. hat mit erheblichem Befremden zur Kenntnis genommen, dass in der Landeshauptstadt Magdeburg möglicherweise mit Wissen und Duldung des Oberbürgermeisters Dr. Trümper, öffentliche Gebäude und Einrichtungen für Veranstaltungen mit deutlich tendenziellem Wahlkampfcharakter seiner Partei genutzt wurden bzw. genutzt werden sollen.

Mit Verweis auf die Darlegungen der Interfraktionellen Anfrage ist hier insbesondere gemeint:

1. Das Gesundheitspolitische SPD-Forum am 18.02.2011 im Foyer des Städtischen Klinikums
2. Die SPD-Veranstaltung am 23.02.2011 in der IGS Willy Brandt
3. Auf Grund nicht nur Mitgliedern meiner Fraktion vorliegenden Einladungen gehen ich davon aus, dass mindestens eine weitere Veranstaltung in einem öffentlichen Gebäude vorgesehen ist, die ihrem Anschein nach, zumindest deutliche Züge einer SPD Wahlkampfveranstaltung trägt.

Gemeint ist hier die SPD-Veranstaltung aus Anlass des Frauentages am 08.03.2011 im Alten Rathaus, die aus meiner und der Sicht der Mitglieder meiner Fraktion, abgesehen vom Veranstaltungsort in einem öffentlichen Gebäude, noch eine Reihe weiterer „bemerkenswerter“ inhaltlicher Fragestellungen aufwirft, zu denen sich bereits im Vorfeld, fraktionsübergreifend eine Reihe von Stadträtinnen mit Empörung an die Veranstalter gewandt haben.

Es ist weder mein persönliches Ziel noch das Ziel meiner Fraktion im Rahmen der vorliegenden Interfraktionellen Anfrage die Wählerinnen und Wähler Sachsen-Anhalts und der Landeshauptstadt Magdeburg mit sogenanntem „Parteiengzänk“, über Wahlkampfveranstaltungsorte einer Partei in der Landeshauptstadt Magdeburg zu „unterhalten“.

Wir betrachten es aber in einer demokratischen Gesellschaft als überaus wichtig, dass allgemein anerkannte, miteinander vereinbarte und gelebte Regeln des politischen Umganges, auch in der Landeshauptstadt Magdeburg im Zuge des Landtagswahlkampfes 2011 beachtet und eingehalten werden.

Hierzu zählen wir ganz besonders auch die demokratisch miteinander vereinbarten Regeln und Verfahrensweisen zum Umgang mit Partei- und Wahlkampfveranstaltungen, die nach dem Willen der jeweiligen Veranstalter, in öffentlichen Gebäuden durchgeführt werden sollen.

Sinn und Zweck dieses, von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. in jeder Hinsicht begrüßten und unterstützten, überparteilichen Konsens ist es u. a., die im Wahlkampf nicht unbedeutenden räumlichen und materiellen Umfeldbedingungen und Voraussetzungen für die politische Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger für alle Bewerberinnen und Bewerber sowie für alle Parteien gleich bzw. neutral zu gestalten.

Diesem Konsens, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werden Veranstaltungen Ihrer Partei mit nicht zu übersehendem Wahlkampfcharakter, welche in öffentlichen Gebäuden stattfanden und stattfinden sollen, aus meiner und der Sicht meiner FraktionskollegInnen in keiner Weise gerecht.

Ihr durchaus als Alibiversuch für die Rechtfertigung Ihres Handelns als Verwaltungsscheff und SPD-Mitglied gegenüber anderen Parteien sowie dem eigenen Klientel ansehbarer Schriftwechsel vom 23.02.2011 und 01.03.2011 mit dem Vorsitzenden der SPD-Tierschutzpartei-future! Fraktion, ändert nach Ansicht meiner Fraktion überhaupt nichts daran, dass wir Ihr Handeln im Amt mit den Maßstäben der von Ihnen

persönlich erlassenen Verfügung v. 12.01.2006 zu messen und zu beurteilen haben.

In dieser, von Ihnen erlassenen Verfügung heißt es wörtlich:

Zitat:

„In Räumen der Schulen und Kindergärten der Landeshauptstadt Magdeburg, dem Rathaus und in der Johanniskirche finden grundsätzlich keine parteipolitischen Veranstaltungen statt.“

Vor diesen Hintergrund erwarten wir nicht nur vom Chef der Stadtverwaltung sondern in Personalunion auch und ganz besonders vom ersten Repräsentanten unsere Landeshauptstadt, dass er zu Zeiten des demokratischen Wettstreites um politische Konzepte, Argumente und Wählermeinung, in Ausübung seines Amtes – insbesondere zu Fragen der Gestattung von Partei- und Wahlkampfveranstaltungen in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen - mit der dem Amt angemessenen Distanz, Neutralität und Konsequenz agiert und entscheidet.

Im eigenen Namen und im Namen der Mitglieder meiner Fraktion möchte ich Ihnen gegenüber, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, mit Nachdruck zum Ausdruck zu bringen, dass wir nicht gewillt sind bei der Zurverfügungstellung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen, einer wie auch immer gearteten, einseitigen Bevorteilung nur einer Partei stillschweigend weiter zuzusehen.

Bezogen auf die eingangs benannten Sachverhalte, möchte ich Sie auffordern, nunmehr unverzüglich alle Ihnen derzeit noch vorliegenden Anträge zur Durchführung von Veranstaltung in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen mit einer dem hierzu bestehenden, überparteilichen Konsens entsprechenden, engen Auslegung ihrer Verfügung vom 12.06.2006 kritisch zu beleuchten und kurzfristig Entscheidungen treffen.

Aus meiner und der Sicht meiner FraktionskollegInnen bedeutet dies für Sie, ggf. bereits getroffene Entscheidungen korrigieren zu müssen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Frank Theile

Fraktionsvorsitzender